



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

148 (28.3.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-208651](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-208651)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugpreise: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus und durch die Post ohne Bestellgeld monatlich Mark 6.000.— halbjährlich Mark 30.000.— Nachlieferung vorbehalten. Postfach Nr. 17990 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim, Z. 4. 2. — Geschäftsstellen: Neudorf, Waldhofstraße Nr. 4. Fernsprecher Nummer 7941, 7942, 7943, 7944. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. — Erscheint wöchentlich zweimal

Anzeigenpreise: Bei Druckzahlung für 1. Seite M. 600.— Stellungs- u. Samml.-Anzeig. aus Mannheim ermäßigte Preise. Reklamen M. 2000.—. Annahmestell.: Montag 8 Uhr, Dienstag 9 Uhr, Mittwoch 10 Uhr, Donnerstag 11 Uhr, Freitag 12 Uhr, Samstag 13 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Die Anzeigen werden nicht zurückgegeben, wenn sie nicht rechtzeitig bei uns eingeleitet sind. Bei Anzeigen für die Ausgabe vom 1. April 1923 wird keine Rückzahlung vorgenommen. — Druck: Druckerei des Generalanzeiger Mannheim.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Modezeitung. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Die Tyrannei im Ruhrgebiet

Berlin, 28. März. (Von unj. Berl. Büro.) In Vorhalle bei Hagen haben die Franzosen in der Nähe des Wasserturnes Befestigungsanlagen mit Drahtverhau und Schützengräben angelegt, die zur Abwehr eines etwaigen Angriffs dienen sollen, den die Franzosen seit einigen Tagen befürchten (1).

In Scharnhorst werden von allen aus dem besetzten Gebiet kommenden Züge die Postwagen zwecks Kontrolle von den Franzosen abgehängt, und mit einem der nächsten Züge weiterbefördert. An anderen Stellen geht man ähnlich vor. Eine Düsseldorf-Firma wurde davon verständigt, daß beschlagnahmte Waren in Zukunft, auch wenn der Zoll entrichtet wird, nicht mehr freigegeben, sondern nach dem Innern Frankreichs abtransportiert werden, solange der passiv Widerstand der deutschen Eisenbahner und der Zivilbevölkerung andauert.

Wie sich die Franzosen ihre Arbeitsträfte beschaffen, geht aus einer Nachricht aus Wanne hervor, wonach eines Tages französische Infanterie und Kavallerie eintraf, eine Anzahl polnischer Bergleute aus den Wohnungen holte und sie zum Einladen von Halbweltens wegführten.

Aus Sines wird gemeldet: Die Belgier öffneten einen Personenzug nach Asten gegen den Willen des Supperkonals für die polnischen Bergleute, die nur das Recht auf 4. Klasse hatten. Die Reisenden 3. Klasse mußten 4. Klasse benutzen.

Die verhafteten Eisenbahner

Nach Meldung aus dem besetzten Gebiet versuchen die Franzosen und Belgier die deutschen Eisenbahner als die Urheber der letzten Vage hinzustellen und sie von der übrigen Bevölkerung zu isolieren. — Aus Frankfurt wird gemeldet, daß der französische Kreisbesorger in Höchst am Main der Nassauischen Landesbahn die Auszahlung von Geldern an Eisenbahner verboten hat. Personen, die Listen zur Zahlung von Lohngebern aufstellen und Lohngebern auszahlen, sollen vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Erweiterung der Zollgrenze

Berlin, 28. März. (Von unj. Berl. Büro.) General De Gaulle hat eine Verfügung erlassen, wonach die Zollgrenze bis 9 Kilometer über die alte Grenze ausgedehnt werden kann.

Der Rhein-Herne-Kanal wieder befahrbar

Der Rhein-Herne-Kanal ist wieder befahrbar, nachdem die Bemühungen einer holländischen Firma, die mit der Hebung des Rahns, der seit einigen Wochen die Fahrrinne versperrte, beauftragt war, von Erfolg waren.

Ihre „Kultur“

Die Inneneinrichtung des Rathauses in Herne ist durch die französische Besetzung vollkommen ruiniert worden. Der Schaden geht in die Millionen.

Die Frage der Gehorsamspflicht

Die Rheinlandkommission und die französischen Generale verlangen unter Berufung auf ein Urteil des Reichsgerichts vom 25. Dezember 1920 von der Bevölkerung Gehorsamspflicht. Sie verlangen dabei, daß inzwischen der Friedensvertrag in Kraft getreten und das Rheinlandskommen unterzeichnet wurde. Der von den Franzosen zitierte Fall, der durch Reichsgerichtsurteil entschieden wurde, ereignete sich während des Balkenstillstandes. Die heutige vertragmäßige Besetzung läßt dagegen die Hoheitsrechte der Reichs- und Landesregierungen, soweit sich nicht aus den Vertragsbestimmungen Beschränkungen ergeben, unberührt. Die deutschen Beamten handeln pflichtgemäß, wenn sie die für die besetzten Gebiete gültigen Gesetze und Verordnungen durchführen. Das gilt besonders für das Ruhrgebiet und für die Einbruchstellen im Rheinland, in Hessen und in Baden, die ohne völkerrechtliche Grundlage besetzt worden sind.

Die Ernährung des Ruhrgebiets

Die verantwortlichen Stellen bezeichnen die Ernährungslage im Ruhrgebiet als gut. Es werde auch weiterhin gelingen, bei vollständiger Zusammenarbeit aller in Frage kommenden Stellen, daß durch die Ernährungslage der Wille zum erfolgreichen Kampf für deutsches Recht nicht erlahme.

In der letzten Woche wurden 460 Waggon Lebensmittel für das Ruhrgebiet in Bewegung gesetzt. Das Gesamtergebnis der Ruhrspende der Landwirtschaft beträgt etwa 2160 Waggon.

Deutschland und das Godleyabkommen

Berlin, 28. März. (Von unj. Berl. Büro.) Zur Durchführung des sog. Godley-Abkommens, das den Bahnverkehr innerhalb der englischen Zone regelt, ist nach den Bestimmungen, die von englischer Seite den Franzosen auferlegt werden sollen, in gewissem Sinne die deutsche Mitwirkung notwendig, da die Engländer darauf bestehen, daß die aus dem besetzten Gebiet in die englische Zone geführten Bahnen auch weiterhin von deutschen Eisenbahnern geführt werden müssen. Es ist deshalb von der englischen Regierung eine Note nach Berlin gerichtet worden. Eine deutsche Antwort wurde noch nicht erteilt.

Um den Frieden im Orient

Berlin, 28. März. Wie aus Abana über Konstantinopel berichtet wird, hielt dort Kemal Pascha eine Rede, in der er auf die Möglichkeit einer Erneuerung des orientalischen Krieges zu sprechen kam. Zwar hoffe er, daß die Türkei einen ehrenvollen Frieden erringen würde, wenn aber die Mächte die türkischen Friedensbedingungen nicht annehmen sollten, die einfach und gerecht seien, so könnten sie versichert sein, daß die Türkei dank der moralischen und materiellen Eigenschaften ihrer Armee noch günstigeren Friedensbedingungen durchsetzen werde.

London, 28. März. Das Plenum der Orientkonferenz sandte die Antwort auf die türkischen Gegenanschläge ab. Der Inhalt der Note wird nach Ankunft der Note in Ankara bekanntgegeben.

Bulgarisch-griechische Reibereien

Nach einer Haasmeldung aus Sofia hat die bulgarische Regierung ihren Vertreter in Paris, London, Rom und Washington beauftragt, gegen die Behandlung der bulgarischen Bevölkerung in Thrazien Einspruch zu erheben und die Regierungen um Intervention in Athen zu bitten, damit die Verfolgung der bulgarischen Bevölkerung in Thrazien aufhöre. Der gleiche Schritt ist beim Völkerbund unternommen worden. Außerdem hat Bulgarien die griechische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die gegenwärtige Lage dazu ansetze, den gänzlich ungesunden Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu schaden.

Die Rede Rosenbergs

Das Echo in Frankreich

Ueber die gestrige Rede des deutschen Außenministers von Rosenberg schreibt der „Deure“: Da Minister von Rosenberg sehr gut wisse, daß die Verbündeten sich nicht mit einem Satz der von ihm vorgelegten Art als Bürgschaft für ihre Sicherheit begnügen könnten, und da ferner die französische und die belgische Regierung entschlossen seien, das Ruhrgebiet nur nach Weggabe der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen durch Deutschland zu räumen, könne man seiner Rede nur eine Erklärung geben: die Regierung Cuno sei entschlossen, den Kampf bis zum äußersten zu führen ohne Rücksicht auf die Leiden der Bevölkerung im Ruhrgebiet und im übrigen Deutschland. Zweifelhaft sei, ob die deutschen Demokraten und Sozialisten dies billigten. Sie hätten manchmal erklärt, daß es wünschenswert wäre, die Räumung als eine Vorbedingung zu verlangen, und der „Vorwärts“ habe neulich die Idee der Neutralisierung des Ruhrgebiets und der Rheinlande unter internationaler Kontrolle angenommen, aber was können sie gegen ihre Regierung aussprechen? Können man in Frankreich diejenigen, die von der Internationalisierung unter der Kontrolle des Völkerbundes sprechen, beschuldigen, sie dürften nach Abtentung?

Zusammenkunft Stinnes' mit Mussolini

Nach einer Haasmeldung aus Rom ist Stinnes in Mailand eingetroffen. Es war bereits seine Abreise nach München festgesetzt, als er durch Mitteilung des italienischen Außenministers erfuhr, daß eine Zusammenkunft mit Mussolini in Mailand sich doch noch ermöglichen ließe. Er sei daraufhin nach Mailand gereist, wo er bereits eine Unterredung mit dem Industriellen Benini hatte. Die Zusammenkunft mit Mussolini scheint man geheimhalten zu wollen.

Reparationskommission und Dollaranleihe

Die Reparationskommission beschäftigt sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Frage der deutschen Dollaranleihe. Die französische Regierung hatte sich bereits vor einigen Tagen an die Reparationskommission mit der Anfrage gewendet, ob die deutsche Dollaranleihe den Bestimmungen des Artikels 248 des Versailler Vertrages entspreche. Die Frage, ob das Reich das Recht hätte, ohne Zustimmung der Reparationskommission eine Anleihe auszugeben, wurde einstimmig mit „Nein“ beantwortet. Die Frage, ob die Reparationskommission das Recht hätte, die Erträge der deutschen Anleihe als Einnahmen für Reparationen zu betrachten und die Uebergabe des gesamten Zahlungsbetrages oder eines Teiles zu fordern, wurde von dem französischen und italienischen Delegierten bejaht, von den belgischen, englischen und amerikanischen Vertretern abgelehnt, also der Mehrheit verneint. Auf die dritte Frage, ob die von dem Reich geleisteten Bürgschaften gültig seien, habe die Reparationskommission mit Ausnahme des französischen Vertreters geantwortet, daß die Reichsbank eine private Bank sei und sie somit dem Privilegium der Währungen entgehe. Somit habe sie die Bürgschaften anerkennen können.

Sir John Brabury und Delacroix sind beauftragt worden, eine Note in diesem Sinne an die Kriegskostenkommission abzugeben.

Die Süddeutschen Staaten gegen die neue Biersteuer

Die Ausschüsse des Reichsrates beschließen sich am Dienstag mit dem Entwurf eines Biersteuergesetzes und in Zusammenhang damit mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des früheren Gesetzes über den Eintritt von Württemberg, Bayern und Baden in die Biersteuergemeinschaft zu. Im Namen dieser drei Staaten beantragte der bayerische Staatsrat v. Wolff Verbotung. Nach seinen Ausführungen handelt es sich bei der ersten Vorlage darum, die zurzeit bestehende Biersteuer zu verhöflichen. Der Gesetzentwurf, der nach Ansicht der Ausschüsse der auch verfassungswidrigen Charakter hat, ist dem Reichsrat erst anfangs März zugegangen. Innerhalb einer so kurzen Frist sei es nicht möglich, die notwendigen Besprechungen mit den Interessenten herbeizuführen. Außerdem sei auch die geschäftsordnungsmäßige Frist von 10 Tagen nicht gewahrt.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums sprach sich gegen die Verbotung aus, da sehr viel davon abhängt, daß die Vorlage rechtzeitig an den Reichstag gelange, denn es mache monatlich 6 bis 7 Milliarden Mark aus, wenn die jetzige ungeheuerlich niedrige Steuer befallen werde, die jetzt kaum die Verwaltungskosten deckt. Die Reichsregierung sei im übrigen der Ansicht, daß die Vorlage keine Verfassungsänderung enthalte. Sie gebe lediglich dem Finanzminister eine Legitimation zur Erlassung von Steuerordnungen in ähnlicher Weise wie es beim Kohlensteuergesetz und anderweitig schon geschehen sei.

Da sich ein Drittel der Mitglieder für den bayerischen Antrag erklärte, galt dieser als angenommen und die Beratung der Biersteuervorlagen wurde zunächst vertagt.

Die Selbstschutzhorganisationen in Thüringen

Berlin, 28. März. (Von unserem Berliner Büro.) Das Verbot der Deutsch-völkischen Freiheitspartei in Thüringen wird vom Presseamt Weimar in einer längeren Auslassung begründet. Danach ist die Bildung von Hundertschaften und Stützpunkten in Thüringen von Angehörigen der Deutsch-völkischen Freiheitspartei vorgenommen worden, im Zusammenhang mit den thüringischen Organisationen der Hundertschaften und Stützpunkten der Nationalsozialisten. In Südhörsingen ist eine Reihe von führenden Mitgliedern der Deutsch-völkischen Freiheitspartei mit der nationalsozialistischen Arbeiterpartei liiert. Die Deutsch-völkische Freiheitspartei in Thüringen verfügt über 18 Ortsgruppen. Es ist festgestellt, daß über die Mitglieder der Deutsch-völkischen Freiheitspartei Stimmrollen geführt und ein Regimentsstab mit den dazu gehörigen Einzeichnungen geschaffen worden ist. Das Stabsquartier befindet sich in Erfurt.

Sonderbarerweise zeigt aber die thüringische Regierung weitgehende Toleranz gegen die völkischen Selbstschutzhorganisationen. Wie die „Thüringische Allgemeine Zeitung“ in Döhrup meldet, haben am Sonntag in verschiedenen Städten die Hundertschaften des völkischen Selbstschutzes Übungen abgehalten. Namentlich in Suhl haben die Arbeiterwehren große öffentliche Übungen abgehalten. Die mit Rüstung organisierten Hundertschaften sind, wie dieselbe Zeitung berichtet, mit Gewehren und Karabinern ausgerüstet. Außerdem sollen sich etwa 100 Maschinengewehre im Besitz des völkischen Selbstschutzes in Suhl befinden. Warum ist die Regierung hier so zögerlich? Wo kommen die Waffen her?

Die Lage in der Pfalz

Die Ausweisungen von pfälzischen Zollbeamten durch die französischen Besatzungsbehörden wird fortgesetzt. So sind am Dienstag 44 pfälzische Zollbeamten und soweit sie verheiratet sind, mit ihren Familien ausgewiesen worden.

Der in der vorigen Woche von der französischen Besatzungsbehörde verhaftete bayerische Landtagsabgeordnete der sozialdemokratischen Partei, Bruno Körner aus Ludwigshafen, befindet sich noch immer in dem von der französischen Besatzungsbehörde beschlagnahmten Teil des Amtsgerichtsgefängnisses Ludwigshafen. Der Grund der Verhaftung ist bis jetzt noch immer nicht bekannt.

Opfer der Kriegsgerichte

Der Bundesvorsitzende der Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei Karl Scheid wurde vom französischen Militärpolizeigericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Zu der Verurteilung des Eisenbahnberufers Gottfried aus Ludwigshafen zu 20 Jahren Zwangsarbeit wird noch folgendes gemeldet: Dem Eisenbahnberufers Gottfried war vor der Willkürisierung der pfälzischen Eisenbahnen von der französischen Besatzungsbehörde der Auftrag gegeben worden, in französisches Dienstkleidung, das einen französischen wilden Zug auf der Strecke weiter zu leiten, zu befördern. Gottfried hat auf Grund der Weisungen des Reichsverkehrsministeriums und als deutscher Beamter das Ansehen abgelehnt und hat der französischen Besatzungsbehörde ausdrücklich erklärt, daß er die Dienstkleidung nicht weiterbefördern werde. Der betreffende wilde französische Zug ist dann später auf der Strecke entgleist, ohne daß jedoch Personen zu Schaden kamen oder verletzt wurden. Für die Entgleisung dieses Zuges wurde Gottfried verantwortlich gemacht, obwohl er der französischen Besatzungsbehörde ausdrücklich mitgeteilt hatte, daß das Dienstkleidung nicht befördert und der wilde Zug nicht weitergemeldet sei.

Dazu wird noch gemeldet, daß der Militärstaatsanwalt Todesstrafe beantragt hatte. Die Verurteilung des Eisenbahnberufers zu 10 Jahren Zwangsarbeit erfolgte, weil er die Schuld haben sollte, daß eine Lokomotive in Ludwigshafen in eine Drehscheibe fuhr. Weitere sechs angeklagte Eisenbahnbeamte wurden freigesprochen. Diese Vorfälle ereigneten sich am 2. März, also ehe die Franzosen den Betrieb übernommen hatten und ehe das deutsche Personal von der beabsichtigten Uebernahme des Betriebs durch die Franzosen Kenntnis haben konnte. Auch die französische Verordnung 17 (Bestrafung von Eisenbahntransportgefahrungen) war zu dieser Zeit noch nicht öffentlich bekannt gegeben worden. Französische „Rechtspflege“!

Das deutsch-schweizerische Hypothekenabkommen

Während der letzten 14 Tagen fanden in München Besprechungen zwischen der schweizerischen und der deutschen Abordnung über den Abschluß eines Zusatzabkommens zum deutsch-schweizerischen Hypothekenabkommen vom 6. Dezember 1922 statt. Nach eingehenden Beratungen einigten sich die beiden Abordnungen auf einen Vertrag, dessen Bestimmungen geeignet erscheinen, die Schwierigkeiten, die sich aus der Durchführung des alten Abkommens ergaben, in einer günstigen Weise zu regeln.

Erfäßigung für das Versicherungsabkommen

Nachdem die Reparationskommission dem von der deutschen Reichsregierung vorgelegten deutsch-schweizerischen Versicherungsabkommens ihre Zustimmung verweigert hat, und die vorläufige Vereinbarung zwischen der Schweiz und Deutschland, die den Status quo regelt, am 31. Mai abläuft, hat die schweizerische Regierung eine Erfäßigung in Betracht gezogen, die den Interessen der schweizerischen Versicherer Rechnung tragen soll. Dem schweizerischen Justizdepartement wird darüber offiziell mitgeteilt:

Aus verschiedenen Urlegungen, die vorgelegt und geprüft wurden, schloß sich vor allem ein konkretes Projekt der langjährig in schweizerischen Lebensversicherungsvereinigungen heraus, deren Beteiligung an einer Aktion namentlich aus den Versichererenteilen vielfach verlangt worden war und die also den nächstliegenden Weg zeigen dürfte. Ein Vertragsentwurf ist von den eidgenössischen Behörden bereits vorgeprüft und auch sachverständigen Vertrauensmännern der Versicherer zur Prüfung vorgelegt worden, so daß nunmehr ohne Zeitverlust an das Problem in seiner neuen Gestalt herangetreten werden kann. Der Bundesrat hat bereits beschlossen, im Grundzuge einer Hilfsaktion näherzutreten, die die schweizerischen Gesellschaften als Versicherungssträger benutzt und nach teilweiser Ergänzung des fehlenden Deckungskapitals aus Bundesmitteln der noch verbleibenden Monats nicht sowohl durch eine Reduktion der Versicherungssumme als durch eine Erziehung der Versicherungsdauer Rechnung tragen will.

In der Antwort des Schweizer Bundesrats an Frankreich in der Jönentfrage heißt es: Den Bundesrat zu ersuchen, sich über den Volkswillen hinwegzusetzen, hieße ihn einer Handlung für fähig halten, die mit den verfassungsmäßigen Pflichten in offenem Widerspruch stehen würde. Die Umstände machten es dem Bundesrat unmöglich, auf die Absichten der französischen Regierung einzugehen.

Letzte Meldungen

Ruhhilfe aus dem Ausland

Berlin, 28. März. (Von unj. Berl. Büro.) Die Auslandsdeutschen Süd- und Zentralamerikas beteiligen sich sehr lebhaft an der Sammlung für die Ruhrhilfe. In Argentinien allein sind 80 000 Pesetas (gleich 6 Milliarden.) gesammelt worden.

Das fällige Eisenbahnunglück

Paris, 28. März. Nach einer Haasmeldung aus Mainz ist am Montagabend 11 Uhr bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof Wiesbaden angeblich infolge solcher Weichenstellung eine Lokomotive auf ein totes Gleis geraten, auf dem Breilbock gestanden und von dem etwa vier Meter hohen Damm abgestürzt. Der Zug- und Lokomotivführer erlitten leichte Querschnitte, während der Heizer, ein Franzose, schwer verletzt wurde und heute nachmittag verstorben ist.

Cecil's Dölkereisenreise

Berlin, 28. März. (Von unj. Berl. Büro.) Wie aus London gemeldet wird, ist Lord Robert Cecil in New York eingetroffen. Er erklärte, er würde Amerika gerne im Völkerbunde sehen, ebenso Deutschland und Sowjetrußland. Deutschland und Rußland würden aufgenommen werden, wenn sie in geeigneter Weise darum nachsuchten.

Neues aus aller Welt

Diebstähle bei der Eisenbahn. In dem Vierteljahr Oktober-Dezember 1922 ist die Zahl der Diebstähle von Eisenbahn...

Ein neuer Gaunertrick. Die „Aheimische Wirtzeitung“ berichtet über einen neuen originellen Gaunertrick der Garderobemarder...

Jahresbrande. Ein Großfeuer vernichtete einen Teil der Anlagen der Babst-Werke in Berlin-Röbenitz. Eine große Bauhalle mit 14 fertiggestellten Maschinen und Booten wurde dem Erdboden gleich gemacht...

Gottesdienst-Ordnung.

Evangelische Gemeinde.

Gründonnerstag, den 29. März 1923. Trinitatisfeier: abends 8 Uhr h. Abendmahl, Vtr. Heng. Konrad...

Methodisten-Kirche.

Kirchenrat, 26. (Karfreitag) Morgens 9:30 Predigt und Abendmahlfeier...

Vereinigte evangelische Gemeinschaften.

Gemeinschaft, U 1, 23. Karfreitag, 30. März vormittags 10 und nachmittags 14 Predigt.

Katholische Gemeinde.

Heinrichsfeier. Karfreitag. Von morgens 6 bis abends 7 Bestanden in der Kapelle...

Geborgen beginnt geg. 9 Uhr; nachm. 3-7 Uhr; Beicht, ebenso nach der Auferstehungsfeier...

St. Michaels. Karfreitag. 5 Uhr Beginn der Bestanden; 9:30 Pred. u. Karfreitagsgottesdienst...

St. Paulus. Karfreitag. 9:30 Predigt v. Vater Eumertan, nachher Karfreitagsgottesdienst...

St. Bonifatius. Karfreitag. 9:30 Predigt v. Vater Eumertan, nachher Karfreitagsgottesdienst...

St. Jakobus. Karfreitag. 9:30 Predigt v. Vater Eumertan, nachher Karfreitagsgottesdienst...

Katholische Kirche in Käfertal. Karfreitag. 9:30 Gottesdienst in Pred., danach Andenken...

St. Peter- und Pauluskirche. Karfreitag. 9:30 Predigt u. Karfreitagsgottesdienst...

Katholische Kirche in Seckelheim. Karfreitag. 9:30 Karfreitagsgottesdienst mit Predigt...

Todes-Anzeige. Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber Mann, Herr Joh. M. Springer...

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem uns betroffenen Schicksalsschlag sagen wir Allen unseren tiefgefühlten Dank...

Verkäufe. Dixi-Auto. Kleiner Oberflur, neue Karosserie, 2 Zylinder, Spitzfahler, Druckschalt...

Offene Stellen. Lehrling. Don Agentur- u. Kommissionsgeschäft der Getreide- u. Lebensmittelbranche...

Die glückliche Geburt ihres Sohnes ROLF zeigen hochachtungsvoll Hans Böhmig und Frau Agnes geb. Janson...

In unserem Verlag ist in neuer Bearbeitung wieder erschienen: Mannheim in Sage und Geschichte. Volkstümliche Erzählungen von Gustav Wiederkehr...

Kl. Haus. nächst Panken, mit freierw. 3 Z.-Wohnung, wozu Wegzug zu verkaufen. Nbh. dch. 99...

Stellen-Gesuche. Fräulein. Ich bin im Haushalt, suche Stelle in frauenlosem Haushalte...

Herrlicher Osteraufenthalt Bad Herrenalb Hotel Sonne. Bekannt für Küche und Keller. S100

Zur Aufklärung! Die staatlich anerkannte Realschulprüfung u. das Maturitätsexamen können nur an staatl. Schulen abgelegt werden...

Vornehme Damenhüte! ungewöhnlich billig - keine den-jährigen Ladenpreise. Hüte in Vercel, Jagal, crepe de chas, Rarocain, Tüll und alle Strohhüte, Seersüde, große Formen usw...

Kauf-Gesuche. 2 leichte, gebrauchte Sackkarren sowie Dezimalwaage...

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde. Die für die Straßengestaltung im Stadtteil Ebnethal-Wandberg für das Jahr 1923 erforderten Vorarbeiten werden öffentlich vergeben...

Zahnarzt Dr. Reinhardt. bisher Rupprechtstr. 7 wohnt jetzt U 6, 18 (Friedrichsring) (Tel. 3996) *3108

1 Damenrad. 1 Holzstetzel, 1 Gasstetzel, ganz neu, bill. abzugeben...

Herschelbad. Am Gründonnerstag und Ostermontag ist das Bad wie folgt geöffnet: 1) Sonnabender von 8 Uhr morgens ab...

Gold, Silberwaren u. Trauringe. Jul. Federgrün, Goldschmied, Q 5, 3. *3194

Seefisch-Verkauf. zu billigen Preisen am Grün-Donnerstag bei Müller, R 6, 13, Tel. 3805.

Photogr.-Apparat. Sport-Anzug. (schön umgeseh. Uniform u. schmerz. Stiefel Gr. 43 zu verkaufen. *3217)

Unterricht. Wer erteilt. Oberlehrer der Oberrealschule Nachhilfestunden. Angebots- u. Tel. 9296. 833

Suche ein Damen-Fahrrad. gegen einen neuen Preis in Anrechnung zu verkaufen. *3207 Stiegel F 4, 3

Miet-Gesuche. Heller, für Jubiläumsgeschenke geeigneter Raum von ca. 50 qm Fläche zu mieten gesucht.

1 Damenrad. 1 Holzstetzel, 1 Gasstetzel, ganz neu, bill. abzugeben...

Möbl. Zimmer. bei gel. Mierte gel. Angebote unter R-U 7 an die Geschäftsstelle. *3114

Wellbrd. Hochzeitskleid. weißes, Schube, Nr. 39 nicht schleier, billig zu verkaufen...

2-3 Zimmer-Wohnung. mit Küche und Keller in gutem Hause. Gibt dazugehör. 3 Zimmerwohnung mit 1 Kammer, Küche u. Keller. Angebote unter T. N. 50 an die Geschäftsstelle. *3226

Briefmarken-Sammlung. 2300 Stk. zu verkaufen. 100.000 - 200.000 P. 4, 8. Rest. Badische. Donnerstag 6-8 Uhr.

Garage. für Verlangen Wagen (kein Nachwandler) per Hof zu mieten gesucht. Angebote unter T. N. 50 an die Geschäftsstelle. *3226